

Johannsen, Hans-Werner

## **Auf dem Weg zu einer Schule für alle? Die Gemeinschaftsschule weist einen Ausweg aus der deutschen Schulstrukturkrise**

*Die Deutsche Schule 99 (2007) 2, S. 136-146*



Quellenangabe/ Reference:

Johannsen, Hans-Werner: Auf dem Weg zu einer Schule für alle? Die Gemeinschaftsschule weist einen Ausweg aus der deutschen Schulstrukturkrise - In: Die Deutsche Schule 99 (2007) 2, S. 136-146 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-272901 - DOI: 10.25656/01:27290

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-272901>

<https://doi.org/10.25656/01:27290>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

**peDOCS**  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft

---

Hans-Werner Johannsen

## Auf dem Weg zu einer Schule für alle?

Die Gemeinschaftsschule weist einen Ausweg aus der deutschen Schulstrukturkrise

---

In das deutsche Schulsystem ist 2006 neue Bewegung gekommen. Die *frühe Trennung der Schülerinnen und Schüler nach der Jahrgangsstufe 4 der Grundschule* in ein vielgliedriges Sekundarschulsystem mit Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Gesamtschule, Sonderschule – und den vielen Zwischenformen in den einzelnen Bundesländern – steht zunehmend in der Kritik und verlangt auch vor dem Hintergrund des gravierenden demografischen Wandels im kommenden Jahrzehnt nach neuen Antworten.

Jürgen Baumert, Kai S. Cortina und Achim Leschinsky konstatierten angesichts der internationalen Schulleistungsvergleiche dem deutschen Bildungssystem einen erheblichen „Modernisierungsrückstand“ (Baumert/Cortina/Leschinsky 2003, S. 145) und wiesen auf die ungewöhnlich großen Unterschiede zwischen leistungsstarken und leistungsschwächeren Jugendlichen hin, die zudem noch wie in keinem Vergleichsland durch „soziale Disparitäten der Bildungsbeteiligung“ geprägt sind. Hinzu kommt, dass auch die Eingliederung der Migranten in die deutsche Schule nicht gelingt. Jugendliche aus Auswandererfamilien bleiben um mehrere Schuljahre hinter den deutschen Jugendlichen zurück. Fatal ist der Befund der PISA-Detail-Studie von 2006: Migranten der zweiten Generation, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, schneiden noch schlechter ab als die Zuwanderer der ersten Generation. Von einer Schulkrise oder *Schulstrukturkrise* zu sprechen, ist angesichts dieser Befunde sicher nicht vermessen.

Mit der „*Gemeinschaftsschule*“, wie sie Ernst Rösner (Rösner 2004) in seinem Gutachten für das schleswig-holsteinische Bildungsministerium vorgeschlagen hat, ist eine schulstrukturelle Alternative in der öffentlichen Diskussion, die bewusst auf *das längere gemeinsame Lernen* setzt und den Systemwechsel im bestehenden System angehen will. In Sachsen mit seiner Koalitionsregierung aus CDU und SPD ist die Gemeinschaftsschule ab Schuljahr 2006/7 als Schulversuch zugelassen. Zwei Schulen haben die entsprechende Genehmigung erhalten und sind damit die ersten zwei Gemeinschaftsschulen in Deutschland. Schleswig-Holstein wird die Gemeinschaftsschule nach der Ende September 2006 erzielten Einigung im Koalitionsausschuss von CDU und SPD im neuen Schulgesetz 2007 neben der Regionalschule und dem Gymnasium als Regelschule verankern. Sieben Schulen erhalten derzeit eine vorauslaufende finanzielle Förderung und wollen zum Schuljahr 2007/2008 als neue Regelschulen starten.

Damit wird eines deutlich: Die *Tabuisierung der Schulstrukturfrage*, wie sie von der KMK nach dem PISA-Schock 2001 eilig gehandhabt wurde, konnte

gegen eine zunehmend kritischer werdende Öffentlichkeit nicht aufrechterhalten werden. Mit jeder neuen Schulleistungsvergleichsstudie wurde der Ruf lauter, auch nach den schulstrukturellen Ursachen und Anteilen der allenfalls mittelmäßigen Schulleistungen deutscher Schülerinnen und Schüler zu fragen. Wenn inzwischen selbst die Wirtschaft durch ihre Unternehmensverbände, wirtschaftswissenschaftliche Institute sowie Unternehmensberatungen die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem fordern, muss etwas Richtiges an den Forderungen sein, Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam zu unterrichten, niemanden zurückzulassen, alle Begabungsreserven auszuschöpfen und mehr höhere Schulabschlüsse zu erzielen.

Aber – so müssen wir fragen – ist das, was sich in einzelnen Bundesländern abzeichnet, schon der von vielen erhoffte Einstieg in ein moderneres Schulsystem? Ist mit der Gemeinschaftsschule tatsächlich der Ausweg aus der deutschen Schulstrukturkrise gefunden? Bevor wir eine zugegebenermaßen vorläufige Antwort auf diese Frage geben, soll der Blick auf frühere Lösungsversuche gerichtet werden. Es folgt der Blick auf die Entwicklung in Schleswig-Holstein, wo nach schwierigen Anläufen ein schulpolitischer Kompromiss der beiden großen Volksparteien erzielt wurde. Anschließend wenden wir uns dem Rösner-Gutachten zu und unternehmen den Versuch, zu definieren, was unter der Gemeinschaftsschule zu verstehen ist. Dabei sollen auch die Kritiker dieses Beschlusses zu Wort kommen. Als Fazit wird ein geschärfter Blick auf Fragen der Schulstruktur erkennbar, der u.U. die Diskussion der nächsten Jahre bestimmen könnte.

## 1. Frühe Antworten auf die Schulstrukturkrise

Die *erste Schulstrukturereform* in Deutschland fand nach dem 1. Weltkrieg statt, als die gymnasialen Vorschulen aufgelöst wurden und mit dem *Weimarer Grundschulgesetz* von 1920 in den Volksschulen in den untersten vier Jahrgängen „die für alle gemeinsame Grundschule“ (vgl. Riege 1995, S. 48) verankert wurde. Versuche der Besatzungsmächte nach dem 2. Weltkrieg, eine längere gemeinsame Schulzeit durchzusetzen, gelangen nur in der sowjetischen Besatzungszone mit der späteren zehnjährigen allgemein bildenden Polytechnischen Oberschule (POS) der DDR sowie der sechsjährigen Grundschule in Berlin.

In der *Reformphase Ende der sechziger Jahre*, die Ralf Dahrendorf mit seinem „Bürgerrecht auf Bildung“ treffend einleitete, empfahl der Deutsche Bildungsrat Strukturreformen vor allem in der Sekundarstufe I (1970, S. 147ff.). Die *Einführung der Integrierten Gesamtschule* in verschiedenen Bundesländern schloss sich an. In den folgenden 30 Jahren entstanden auf diese Weise vor allem in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen, aber auch in Hessen, Nordrhein-Westfalen und in weiteren sozialdemokratisch regierten Ländern über 1000 Gesamtschulen (Integrierte und Kooperative Gesamtschulen), die inzwischen bundesweit rund 10% eines Schuljahrganges erfassen. In keinem Bundesland gelang es der Gesamtschule allerdings, die ersetzende Schulform zu werden und damit alle Schülerinnen und Schüler eines Jahrganges einzubinden. Sie blieb nach Olaf Köller „Gesamtschule im Wettbewerb“ (Köller 2003, S. 467) und war damit dem „creaming“, dem Abschöpfen der durch die Grundschulgutachten als stärker eingestuften Schülerinnen und Schüler, ausgesetzt. Bis heute ist die Ge-

samtschule partei- und verbandspolitischen Konfrontationen ausgeliefert und wird immer noch in Teilen der bürgerlichen Presse – quasi als Pendant zur POS in der DDR – als „sozialistische Einheitsschule“ diffamiert.

Mit der *deutschen Einheit im Jahre 1990* änderte sich langsam das Bild. Die neuen Bundesländer, die sich in bewusster Abkehr von den staatssozialistischen Bezirken gebildet hatten, machten sich auf, eigene Schulgesetze zu formulieren und orientierten sich dabei teilweise stark auch an westlichen Vorbildern. Während *Mecklenburg-Vorpommern* zuerst ganz auf die westdeutsche Dreigliedrigkeit setzte und diese später sogar zur *Fünfgliedrigkeit* modifizierte (Baumert/Cortina/Leschinsky 2003, S. 70), entschied sich Brandenburg als Berliner Nachbar von Anfang an für die Sechsjährige Grundschule, an die sich Realschule, Gesamtschule und Gymnasium anschlossen. *Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt* entschieden sich für die *Zweigliedrigkeit*, neben den Gymnasien wurden Mittelschule, die Regelschule und die Sekundarschule eingerichtet. Mit diesem schnellen Verzicht auf die Hauptschule in vier neuen Bundesländern geriet diese Schulart auch in den alten Bundesländern zunehmend unter Druck. Das *Saarland* unternahm als erstes westliches Bundesland schon in den neunziger Jahren mit der Einführung der „erweiterten Realschule“ (ebd., S. 73) den *Ausstieg aus der Hauptschule*. In Rheinland-Pfalz entstand mit der Regionalen Schule eine weitere Alternative zum gegliederten Schulsystem.

Jetzt schickt sich *Schleswig-Holstein* an, mit der *Regionalschule*, der Zusammenführung von Haupt- und Realschule, diesem Beispiel zu folgen. Aber die Reform geht noch weiter. Mit der neuen *Gemeinschaftsschule* wird auf das längere gemeinsame Lernen in der einen Schule für alle gesetzt. Nach der Schulgesetzänderung 2007 sollen beide neuen Schularten neben dem Gymnasium das alte Schulsystem ersetzen. Blicken wir deshalb etwas genauer auf das nördlichste Bundesland.

## 2. Der Blick nach Schleswig-Holstein

Am 23. November 2003 konnte man im Flensburger Tageblatt in einem Hintergrundbericht von Margret Kiosz zu dem für den März 2004 geplanten *Bildungsparteitag der SPD Schleswig-Holstein* Ungewöhnliches lesen: „*Schrittweiser Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem*“. Zitiert wurden die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave: „Statt frühzeitig aussortieren, müssen wir ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen.“ und der SPD-Landesvorsitzende Claus Möller, der von „Überlebensproblemen“ von Schulen in dünn besiedelten Gebieten sprach.

Wenige Monate später beschloss der *Bildungsparteitag der Landes-SPD* am 7. März 2004 in Norderstedt mit überwältigender Mehrheit die *Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem*: „Langfristiges Ziel ist es dabei, dass die Schüler/innen auch in Deutschland wie in den meisten europäischen Ländern von der 1. bis zur 10. Klasse gemeinsam unterrichtet werden.“ In der Diskussion auf dem Landesparteitag wurde deutlich, dass dazu Übergangsschritte notwendig sein würden, denn ein so grundsätzlicher Wandel könne nicht gegen die Mehrzahl der Lehrkräfte und Eltern realisiert werden. Man müsse „die Betroffenen mitnehmen“, so Bildungsministerin Erdsiek-Rave. Der *Ausstieg aus der gegliederten Schule* soll *im bestehenden System* erfolgen und muss mit den Beteiligten verhandelt werden.

Das schleswig-holsteinische Bildungsministerium beauftragte daraufhin *Ernst Rösner* (2004) vom Dortmunder Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) mit einem *Gutachten*, dessen wesentliche Aussagen Eingang in die *Wahlprogramme von Rot-Grün* für die Landtagswahl 2005 fanden. Die SPD sprach sich darin erstmalig für ein „*längeres gemeinsames Lernen im Sinne der Einen Schule für alle*“ aus. Ein mutiger Schritt mit „Risiko“ für die SPD, wie die regionale Presse befand. Die CDU erklärte daraufhin die bevorstehende Landtagswahl zur „*Schicksalswahl für die Schulen*“ und die FDP sprach gar von der bevorstehenden „*Einheitsschule*“ nach dem Modell der DDR. Sie verteilte Postkarten mit einem rot-grünen Händedruck, der auf die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED 1946 in der DDR abzielte. Kein Wunder, dass in den Wahlumfragen von infratest dimap wenige Wochen vor der Wahl das Bildungsthema (27%) nach dem Arbeitsmarkt (80%) weit vor der wirtschaftlichen Situation (15%) und dem verschuldeten Landeshaushalt (6%) als zweitwichtigstes Problem genannt wurde.

Mit großer Spannung wurde die *Landtagswahl am 20. Februar 2005* erwartet, die der bisherigen rot-grünen Koalition keine Mehrheit brachte und schließlich zum Rücktritt von Ministerpräsidentin Heide Simonis führte. Aus den sich anschließenden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD entstand im Mai 2005 eine Große Koalition unter dem neuen Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen (CDU). In diesen Verhandlungen gelang es der SPD, das Bildungsministerium zu behalten und den „schrittweisen Einstieg in die Gemeinschaftsschule“ aus der Koalitionsvereinbarung mit den Bündnis 90/Die Grünen in nur wenig veränderter Form zu übernehmen. Im *Koalitionsvertrag von CDU und SPD* heißt es: „Die Koalitionspartner gehen für die Dauer der 16. Legislaturperiode von der Beibehaltung und Weiterentwicklung des gegliederten Schulwesens aus. Darüber hinaus kann es ein Nebeneinander von Schulen des gegliederten Schulwesens und Gemeinschaftsschulen geben.“ Damit waren die politischen Weichen gestellt und das Bildungsministerium in Schleswig-Holstein erhielt die Aufgabe, die Gemeinschaftsschule im neuen Schulgesetz zu verankern.

In den folgenden Monaten bekräftigte die SPD mehrmals ihr Festhalten an der Gemeinschaftsschule, das immer wieder von Seiten der CDU (Teile der Landtagsfraktion, Frauenunion) öffentlich attackiert wurde. Diese in der Politikwissenschaft als „Vetospieler“ bezeichneten Reformgegner trugen weiter zur Verunsicherung der Öffentlichkeit bei. Unterstützung gab es für die Idee der Gemeinschaftsschule allerdings von Kommunalpolitikern der CDU, die aus Sorge um den Fortbestand ihrer Schulen auch die Gemeinschaftsschule als Alternative akzeptierten. Allen Widrigkeiten zum Trotz wurde der Entwurf für das neue Schulgesetz Anfang September 2006 in 1. Lesung im Landtag verhandelt und die Gemeinschaftsschule als neue Schulart aufgenommen. Dann überschlugen sich die Ereignisse. Überraschenderweise beschloss die CDU am Vorabend des für den 24. September 2006 einbestellten Koalitionsausschusses von CDU und SPD auf einem kleinen Parteitag ihr *Alternativmodell, die Regionalschule als Zusammenschluss von Haupt- und Realschule*. Damit aber stellte der Koalitionsausschuss die Weichen für die „doppelte Neuerung“ im schleswig-holsteinischen Schulsystem. Denn die SPD beharrte vehement auf der schon vor einem Jahr im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Gemeinschaftsschule, und die CDU wollte und konnte nach dem klaren Votum für die

Regionalschule am Tag zuvor konsequenterweise nicht alles beim Alten belassen, was sie öffentlich als Verlierer hätte aussehen lassen.

Selbst die GEW in Schleswig-Holstein war von diesem Kompromiss so überrascht, dass ihr nur einfiel, die ebenfalls beschlossene Überführung der vorhandenen Gesamtschulen in Gemeinschaftsschulen zu kritisieren. Inzwischen hat sie allerdings ihre Position revidiert und unterstützt die Gemeinschaftsschulen als „Schritt in die richtige Richtung“.

### 3. Das Rösner-Gutachten 2004

Das Bildungsministerium in Schleswig-Holstein beauftragte – wie weiter oben ausgeführt – im Sommer 2004 das Dortmunder Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) mit einer *Studie*, wie ein *behutsamer Umbau des gegliederten Schulsystems* in Schleswig-Holstein hin zu „einer Schule für alle“ realisiert werden kann. Ernst Rösner (2004), der Autor der Studie, stellte diese erstmals am 22. November 2004 auf einer Fachtagung der SPD-Landtagsfraktion im Kieler Landeshaus der interessierten Öffentlichkeit vor und führte damit den *Begriff Gemeinschaftsschule* in die Diskussion ein. Er selbst geht davon aus, dass die politische Umsetzung der Gemeinschaftsschule das „Ergebnis eines vermutlich mehr als zehn Jahre umfassenden Entwicklungsprozesses“ (S. 9) sein wird.

In der Rösner-Studie „Veränderungen der Schulstruktur in Schleswig-Holstein als Konsequenz demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen“ wird das bestehende allgemeinbildende schleswig-holsteinische Schulsystem einer schonungslosen Kritik unterzogen. Als „problematisch“ (S. 8) wird die *geringe Durchlässigkeit* zwischen den Schularten herausgestellt, die sich als Abstiegsvariante in Richtung Hauptschulen mit + 40% (S. 33) als die zahlenmäßig stärkste aller Bundesländer darstellt. Hinzu kommt eine durch die PISA-Studie bestätigte extreme *soziale Schieflage*, denn ein Kind aus der Oberen Dienstklasse hat „gegenüber einem gleich gut geeigneten Facharbeiterkind eine mehr als 6-mal so hohe Chance des Gymnasialbesuchs“ (S. 39).

Weiter stellt Rösner in seinem Gutachten unmissverständlich fest, dass die *demografische Entwicklung* in Schleswig-Holstein dazu führen wird, dass vor Ort ein differenziertes Schulangebot in der gegenwärtigen Form auf Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. „Allein die Jahrgangsstärke der 6-<10-Jährigen verringert sich vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2015 um 25%.“ (S. 7). Auch wenn es regionale Unterschiede geben wird, die Verminderung in den Großstädten fällt „deutlich geringer aus als in den dünner besiedelten Kreisen“ (S. 15), muss eine *zukunftsorientierte Schulentwicklungsplanung* davon ausgehen, dass es zur „Einschränkung des vorhandenen Angebotes allgemeinbildender Schulen führen wird, sofern keine rechtlichen oder schulstrukturellen Maßnahmen mit dem Ziel der Schulbestandserhaltung eingeleitet werden“ (S. 19).

Um ein differenziertes Schulangebot auch im ländlichen Raum aufrechterhalten zu können, bedarf es nach Rösner schulpolitischer Entscheidungen mit Folgen für die Schulstruktur. Seinen Vorschlag dazu unterbreitet er als „entwicklungsoffenes Schulangebot“ (S. 42). Dabei soll nach Möglichkeiten gesucht werden, „das bestehende Schulwesen so weiterzuentwickeln, dass die erkannten Defizite abgebaut werden“ (S. 41). Zielvorstellung ist dabei die Einrich-

tung *einer für alle Kinder gemeinsamen Schule* im Anschluss an die Grundschule, die als „vollständiges Angebot“ alle Bildungsgänge des gegliederten Schulsystems vereint. „Vollständigkeit repräsentieren per definitionem integrierte Systeme, ebenso aber auch schulrechtliche Einheiten aus den drei Bildungsgängen des gegliederten Schulsystems. Diese Schule soll im Folgenden als Gemeinschaftsschule bezeichnet werden.“ (S.42). Natürlich muss diese neue Schule auch ihre pädagogische Praxis verändern und Möglichkeiten des *schulformübergreifenden Lernens* schaffen. Rösner erwähnt in diesem Zusammenhang die „erfolgreichen Modelle der regionalen Schulen (Rheinland-Pfalz) und der Regelschulen (Thüringen)“, in denen die äußere Differenzierung nach Bildungsgängen teilweise über die 6. Jahrgangsstufen hinausgeschoben wurde. Auf jeden Fall soll die Orientierungsstufe verbindlich sein. Diese Schulen, die übergangsweise noch nicht alle Bildungsgänge aufweisen, bezeichnet Rösner als „*kleine Gemeinschaftsschulen*“ (S. 45).

Im Gegensatz dazu verfügen die „*großen Gemeinschaftsschulen*“ über *alle Bildungsgänge*, haben eigene gymnasiale Oberstufen und können mit Grundschulen verbunden sein. Rösner schlägt vor, die integrierten Gesamtschulen „als Variante der Gemeinschaftsschule auszuweisen“ (S. 52). In diesem Zusammenhang untersucht Rösner auch die Möglichkeit der sechsjährigen Grundschule, die er aber wegen ihres rechnerischen Raumbedarfs von zusätzlichen 50% für Schleswig-Holstein mit seiner kleinteiligen Grundschullandschaft ausschließt. Es schließen sich konkrete Umsetzungsvorschläge hinsichtlich Gebäudebelegung, Lehrerausbildung und Lehrereinsatz, Schulleitung, sowie der Ausgestaltung der Jahrgangsstufen 5 und 6 an. Der Autor ist sich darüber im Klaren, dass die Lehrkräfte an den Schulen mitgenommen werden müssen und es für die zukünftige „hochkooperative Praxis“ (S. 60) *spezieller Anreizsysteme und bedarfsgerechter Unterstützung* bedarf. Die Studie schließt mit einigen Fallbeispielen für Gemeinschaftsschulen, die sich aus vorhandenen schulrechtlichen Einheiten (Einzelschulen) entwickeln sollen. Rösner rät zu einer gesetzesbasierten Umstrukturierung mit ausreichenden Übergangszeiten, in denen „neue Schulen im Aufbau und auslaufende eigenständige Schulen der Sekundarstufe I parallel bestehen müssen“ (S. 74).

In den Schulgesetzentwürfen vom September und November 2006 hat die schleswig-holsteinische Landesregierung eine Fülle von Vorschlägen aus dem Rösner-Gutachten eingearbeitet. Es muss als Verdienst Rösners angesehen werden, der Politik und der Bildungsverwaltung eine *konkrete Umsetzungsstrategie* für die Gemeinschaftsschule unterbreitet zu haben, die mit dem notwendigen Realismus an die schwierigen Umstrukturierungsprozesse herangeht. Einiges ist allerdings *zu optimistisch* formuliert. Das gilt insbesondere für Rösners Begriff der „kleinen Gemeinschaftsschule“, die aus der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen entstehen soll. Hier muss gefragt werden, ob der Begriff überhaupt passend ist. Weist er doch inhaltlich auf etwas hin, was nicht eingelöst werden kann. Solange es das Abschöpfen der Schülerinnen und Schüler in die 5. Jahrgangsklasse des Gymnasiums gibt, sollte nicht vom gemeinsamen Lernen aller Kinder und Jugendlicher und damit auch nicht von Gemeinschaftsschule gesprochen werden.

Diese *Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen* zu „kleinen Gemeinschaftsschulen“, über deren praktische Ausgestaltung nach Rösner die Schu-

len vor Ort entscheiden sollen, wird selbst noch ein *schwieriges Unterfangen* werden. Hier unterschätzt der Autor das Beharrungsvermögen von Teilen der Lehrerschaft, die sich im gegliederten System eingerichtet haben und an ihren „Schulbiotopen“ krampfhaft festhalten wollen. Denn noch sind die vermeintlichen Vorteile der homogenen Lerngruppe und die Notwendigkeiten der Abstufung und Abschulung zu sehr in den Köpfen vieler Realschullehrkräfte verhaftet. Hier wird viel Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Nur mit einer Fortbildungsoffensive und zunehmend mehr positiven Beispielen in der Nachbarschaft werden Schulen sich auf den Weg machen, die Vorzüge heterogenen Lernens für sich selbst zu erschließen. Das kann gelingen. Hier geht die Politik in Schleswig-Holstein den Weg über die schulgesetzliche Regelung. In den zukünftigen Regionalschulen aus Haupt- und Realschulen wird die gemeinsame Orientierungsstufe verbindlich eingeführt und muss bis spätestens 2010 umgesetzt werden.

#### **4. Was ist unter einer Gemeinschaftsschule zu verstehen?**

Der Begriff Gemeinschaftsschule gerät zunehmend in den Blickwinkel der bildungspolitisch interessierten Öffentlichkeit und scheint sich durchzusetzen. Dabei darf die moderne Version der Gemeinschaftsschule nicht mit der im Grundgesetz aufgeführten Schulform verwechselt werden, die Schülerinnen und Schüler verschiedener Bekenntnisse vereinigt.

In den verschiedenen Veröffentlichungen zur Gemeinschaftsschule aus den Bildungsministerien in Schleswig-Holstein und Sachsen tauchen immer wieder *bestimmte Rahmenbedingungen* auf, so das längere gemeinsame Lernen, eine neue Lern- und Förderkultur, die optimale Förderung jedes einzelnen Schülers, die möglichst späte äußere Differenzierung nach Leistungsniveaus, die Ganztagschule (offene oder gebundene Form), ein bestimmtes pädagogisches Konzept, der Einsatz von Lehrkräften unterschiedlicher Laufbahnen, die beabsichtigten Abschlüsse und ihre Anschlussfähigkeit, die mögliche Einbindung von Grundschulen, Förderschule und Oberstufe. Über die konkrete Ausgestaltung soll ein Konsens vor Ort erarbeitet werden. Anträge stellen die Schulträger. Es gibt Mindestzahlen. In Sachsen ist die Gemeinschaftsschule Versuchsschule. In Schleswig-Holstein wird sie zum kommenden Schuljahr Regelschule.

In der Broschüre „Schule aktuell“ aus dem Bildungsministerium in Schleswig-Holstein heißt es dazu konkret: „Gemeinschaftsschulen entstehen auf Antrag des Schulträgers aus bestehenden Schulen... Für die konkrete Ausgestaltung müssen die beteiligten Schulen ein pädagogisches Konzept vorlegen. Die bestehenden Gesamtschulen sollen sich bis zum Jahr 2010/11 ebenfalls zu Gemeinschaftsschulen weiter entwickeln. Da sie die größten Erfahrungen mit Formen des längeren gemeinsamen Lernens haben, könnten sie sich zu Schrittmachern der neuen Reform entwickeln.“ (S. 6)

In den *Eckpunkten zur Entwicklung der Gemeinschaftsschule* vom November 2006 gibt das Bildungsministerium weitere Erläuterungen. Bestehende Gesamtschulen behalten ihre gymnasiale Oberstufe und werden auch als gebundene Ganztagschulen weitergeführt. *Neu entstehende Gemeinschaftsschulen müssen offene Ganztagschulen werden.* Offenbar reichen die finanziellen Mittel des Landes nicht aus, auch die neuen Gemeinschaftsschulen zu durchgängigen Ganztagschulen zu machen. Das bedeutet allerdings einen *Verlust*

an *Lernkultur*, denn ein neuer ganztägiger Lernrhythmus wird so nicht zu erreichen sein. An den Gemeinschaftsschulen sollen alle Abschlussniveaus der Sekundarstufe I in einem gemeinsamen Bildungsgang erworben werden können, der Hauptschulabschluss, der Realschulabschluss und der Übergang in die gymnasiale Oberstufe. Nähere Ausführungen dazu werden Anfang des Jahres 2007 in der neuen Verordnung für die Gemeinschaftsschulen stehen. Die Gemeinschaftsschulen werden Schüler ablehnen können, wenn die Anmeldungen die Aufnahmekapazität übersteigen. Für diesen Fall können Leistungsgesichtspunkte, gemeint ist wohl die Schulübergangsempfehlung in Jahrgangsstufe 4, berücksichtigt werden.

In den Jahrgangsstufen 5 und 6 findet ausschließlich gemeinsamer Unterricht statt. Ab Jahrgangsstufe 7 können Formen der äußeren Differenzierung entsprechend der KMK-Vorgaben realisiert werden. Schwerpunkt bleibt aber das Lernen in gemeinsamen Gruppen, die binnendifferenziert unterrichtet werden sollen. Der *Gestaltungsspielraum der Einzelschule* wird durch jahrgangs- und klassenübergreifende Lerngruppen, flexible Formen der individuellen Förderung und durch neue Formen der Leistungsrückmeldung erweitert. Die Stundentafel wird in Anlehnung an die Gesamtschulen einen Wahlpflichtbereich ab Klassenstufe 7 ausweisen. Wie an den Gesamtschulen üblich, steigen die Schülerinnen und Schüler ohne Versetzungsbeschluss in die folgende Jahrgangsstufe auf. In die Schulleitungsteams werden auch die Stufenleitungen aufgenommen. Lehrkräfte mit den Lehrbefähigungen aller Laufbahnen werden den Unterricht erteilen. Das Bildungsministerium geht derzeit von einer Mindestgröße von 300 Schülerinnen und Schülern aus und erwartet Jahrgangsstößen von 70 Kindern, was einer Dreizügigkeit entspricht.

Da auch Grundschulen und die gymnasiale Oberstufe mit eingebunden werden können, kommt die Gemeinschaftsschule dem skandinavischen Schulmodell sehr nahe. Was fehlt, ist der Verzicht auf die *Schulübergangsempfehlung in Jahrgangsstufe 4*. Rekrutiert sich die Gemeinschaftsschule aus der eigenen Grundschule, kann auf dieses Selektionsinstrument *verzichtet* werden, denn gemäß der Logik Rösners sind alle Abschlüsse der „großen Gemeinschaftsschule“ erreichbar. Für eine Übergangszeit wäre bei der fortbestehenden gymnasialen Konkurrenz denkbar, nur den Schülerinnen und Schülern eine Übergangsempfehlung auf Antrag zu erteilen, die die Gemeinschaftsschule in Richtung Gymnasium verlassen wollen.

## 5. Ausblick

Auf dem Lehrertag der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) der SPD am 29. September 2006 in Rendsburg gab Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Ute Erdsieck-Rave „grünes Licht“ für die *Gemeinschaftsschulinitiativen in Schleswig-Holstein*, die dem Schulkompromiss entgegengefiebert hatten. An sieben Schulstandorten gibt es konkrete Initiativen, die sich im Planungsstadium befinden, das sind Flensburg, Handewitt, Schafflund, Fehmarn, Kellinghusen, Halstenbek und Itzstedt. Hier liegen Willensbekundungen oder sogar Anträge der Kommunalpolitik vor. Aktive Schulteams arbeiten an der „pädagogischen Konzeption“ der Gemeinschaftsschule, die neben dem Antrag des Schulträgers und Nachweisen zur Schulentwicklungsplanung dem Bildungsministerium zur Entscheidung vorgelegt werden muss.

Der Schulkompromiss wird *große Auswirkungen auf die Schullandschaft* im Lande haben, da bis zum Jahr 2010 alle Hauptschulen und Realschulen zu Regionalschulen zusammengeführt werden müssen. Für 45 bisher eigenständige Hauptschulen und für 156 Hauptschulteile von Grund- und Hauptschulen bedeutet diese Entscheidung das Aus. Bestehen bleiben werden nur die 40 schon vorhandenen HR-Schulen, die allerdings auch eine gemeinsame Orientierungsstufe einrichten müssen.

Was sagen die *Kritiker der Gemeinschaftsschule*? Welche Argumente führen sie an? Die schärfste Kritik kommt vom Realschullehrerverband, der noch im Landtagswahlkampf vehement für die CDU eingetreten war und sich jetzt „verraten“ fühlt. Aber auch der Philologenverband warnt vor einer „Niveausenkung“. Man befürchtet, dass noch mehr Eltern ihre Kinder am Gymnasium anmelden, um die kombinierte Haupt- und Realschule zu umgehen. Und das werde „schlimme Auswirkungen auf die Studierfähigkeit künftiger Abiturienten“ haben. Beide Verbände „schmieden“ derzeit ein „Bündnis für ein besseres Schulgesetz“, so in einer gemeinsamen Presserklärung vom Dezember 2006 und überlegen ein Volksbegehren zum Erhalt eigenständiger Realschulen.

Wagen wir ein kurzes Fazit, so wird deutlich, dass die Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein vorerst nur ein *deutlicher Schritt in Richtung Zweigliedrigkeit* darstellt. Neben den rund 100 Gymnasien, die nach Meinung vieler Kritiker – so auch der GEW – vorerst „ungeschoren davonkommen“ und sich in den größeren Städten konzentrieren, wird es in den Landkreisen vermutlich entweder Regional- oder Gemeinschaftsschulen geben. Dort, wo letztere entstehen und es diesen gelingt, auch den überwiegenden Teil der potentiellen „Gymnasialschülerschaft“ an sich zu binden, dürften sie vielleicht sogar zu der die anderen ersetzenden Schulart werden. In den Regionen, in denen Gemeinschaftsschulen für alle Kinder und Jugendlichen von Klassenstufe 1 bis 13 entwickelt werden, wäre damit in der Tat ein Stück Systemwechsel erreicht. Nicht auszuschließen ist auch, dass demnächst zu klein werdende Gymnasien den Charme der Grundschule entdecken und sich auch aus dieser Perspektive mit der Idee der Gemeinschaftsschule auseinandersetzen und eine organisatorische Verbindung eingehen.

Das, was jetzt in Schleswig-Holstein erreicht wurde, kann deshalb mit „erweiterter Zweigliedrigkeit“ umschrieben werden, die das Gymnasium und als Alternative dazu die Gemeinschaftsschule/Regionalschule beinhaltet. Das Bildungsministerium selbst spricht in seiner Broschüre „Schule aktuell“ vom Modell „Zwei Plus“ (2006, S. 5). Wirklich neu ist dabei aber der Ansatz, *Gemeinschaftsschulen schon in Jahrgangsstufe 1 beginnen zu lassen und diese bis Jahrgangsstufe 13 weiterzuführen*. So etwas gibt es in Deutschland bisher nur in wenigen Reformschulen. Sollte es den Gemeinschaftsschulen zudem gelingen, eine zum Gymnasium *gleichwertige Schule* zu werden, die keine Entlastungsfunktion mehr für das Gymnasium übernehmen muss und ebenfalls zum Abitur führt, könnte sie auch in der Elternschaft zu einer durchaus ernstzunehmenden Alternative werden.

Offenbar gerät doch mehr in Bewegung als von vielen vermutet. Selbst das christlich-liberal regierte Hamburg steht vor dem Schritt in die Zweigliedrigkeit. Neben den Gymnasien soll es nur noch sogenannte Stadtteilschulen geben. In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Linkspartei nach der Land-

tagswahl in Berlin wurde im Oktober 2006 der Einstieg in die Gemeinschaftsschule als Schule des gemeinsamen Lernens von 1 bis 10 mit auf die Agenda gesetzt. Beginnen sollen entsprechende Modellprojekte auf freiwilliger Basis zum Schuljahr 2008/2009. Und auch in anderen Bundesländern wird die Gemeinschaftsschule Eingang in die zukünftigen Wahlprogramme von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linkspartei finden. So sind Große Koalitionen wie in Schleswig-Holstein auf dem Gebiet der Bildung vielleicht doch fähig, kleine Erfolgsgeschichten zu schreiben. Denn es steht nicht zu erwarten, dass sie die jetzt erzielten Schritte zu einem modernen Schulsystem später wieder rückgängig machen werden. Die Schulpolitik ist in Deutschland immer auch eine machtpolitische Frage gewesen, die sich trefflich eignete, das gegnerische Lager vor Wahlkämpfen zu verunsichern. Das eigentlich Erstaunliche an dieser Entwicklung ist deshalb, dass sich die *CDU* auch in den alten Bundesländern langsam dem *Thema des längeren gemeinsamen Lernens ein kleines Stück weit öffnet*, indem sie für die Orientierungsstufe teilintegrative Lösungen selbst vorschlägt und weitergehende integrative Lösungen mitzutragen bereit ist.

Sollte 5 Jahre nach der ersten PISA-Studie, die ein halbes Jahrzehnt die pädagogisch interessierte Öffentlichkeit in Deutschland immens beschäftigt hat, doch noch *die Frage des längeren gemeinsamen Lernens in das Zentrum der öffentlichen Debatte* geraten? Es gibt Hinweise dazu. So ist der Vorsitzende des Bundeselternrates, Wilfried Steinert, der sich für die Gemeinschaftsschule ausgesprochen hatte, im November 2006 von seinem Amt zurückgetreten, nachdem der niedersächsische Landeselternrat seinen Austritt aus dem Bundesgremium angekündigt hatte. Und auf dem *Fachkongress der Bertelsmann Stiftung* „Schule in der Gesellschaft“ am 30. November forderten die über 600 Teilnehmer den Veranstalter auf, nach der Ted-Umfrage zur Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen auch nach dem Meinungsbild zu Gemeinschaftsschulen zu fragen. Völlig ungeplant und ungewollt ergab sich unter den anwesenden Schulpraktikern, Bildungspolitikern, Elternvertretern, Lehrerfortbildnern und Fachleuten aus der Schulverwaltung eine deutliche Mehrheit für ein integriertes Schulsystem. Das Ergebnis auf der Großleinwand wurde mit Beifall quittiert. Mag sein, dass die immer wieder neuen PISA-Ergebnisse mit ihren vielen Details auf eine zunehmend gesättigte Bildungsöffentlichkeit treffen, die gewillt ist, sich neuen Themen und Problemen zu öffnen und bereit ist, doch noch nach den *sozialen Kosten und Demokratiedefiziten des gegliederten Schulsystems in Deutschland* zu fragen. Anzumerken bleibt, dass auch in Österreich die SPÖ die Gemeinschaftsschule in ihr Parteiprogramm und in die Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP aufgenommen hat. In der kommenden Legislaturperiode soll lt. Koalitionsprogramm über Schulversuche „der Einstieg in den Umstieg in die Gemeinschaftsschule“ vorbereitet werden. Vielleicht zeigen sich demnächst doch noch in den beiden letzten Bastionen der gegliederten Schule Auflösungstendenzen im konfrontativen politischen Streit und damit konkrete Chance für ein längeres gemeinsames Lernen.

Ihre Effizienz werden die neuen Gemeinschaftsschulen aber erst noch in der Praxis zu beweisen haben. Strukturveränderungen allein sind noch keine Gewähr für bessere Schülerleistungen. Notwendig wird auch eine neue Lern- und Unterrichtskultur, die stärker auf die heterogenen Lerngruppen eingeht. Hierzu hat Jörg Schlömerkemper (2006) jüngst einen interessanten Vorschlag unterbreitet. Er setzt an die Stelle der bisherigen „selektionsorientierten Unter-

richtsorganisation“ ein sich ergänzendes Modell aus einer „kompetenzorientierten Lernorganisation“, die das je individuelle Kompetenzprofil entwickeln soll, und einer „prozessorientierten Lernorganisation“, die auch soziale Kompetenzen mit einbezieht. Wie alle anderen Schulen müssen sich die Gemeinschaftsschulen auch nationalen Vergleichsarbeiten und internationalen Schulleistungsstudien stellen. Nur wenn sie auf diesen Feldern mit den Gymnasien konkurrieren können, wird auch in Deutschland die Frage nach der gemeinsamen Schule für alle Kinder neu gestellt werden müssen. Man darf deshalb sehr gespannt auf diese Ergebnisse und auf die kommenden Entwicklungen in den Bundesländern sein.

## Literatur

- Baumert, Jürgen; Kai S. Cortina, Achim Leschinsky 2003: Grundlegende Entwicklungen im allgemein bildenden Schulwesen. In: Kai S. Cortina, Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Karl Ulrich Mayer, Luitgard Trommer (Hg.) 2003: Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Reinbek: Rowohlt, S. 52-147
- Bildungsministerium Schleswig-Holstein 2006: Eckpunkte zur Entwicklung der Gemeinschaftsschule. [www.landesregierung.schleswig-holstein.de](http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de)
- Deutscher Bildungsrat, Empfehlungen der Bildungskommission 1970: Strukturplan für das Bildungswesen. Stuttgart: Klett
- Infratest Sozialforschung 2004: Die Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2004. Eine Analyse der Wahlergebnisse, unveröffentlichtes Manuskript
- Kiosz, Margret 2003: Nord-SPD: Schrittweiser Abschied vom dreigliedrigen Schulsystem. In: Flensburger Tageblatt, Ausgabe vom 23.11.2003
- Köller, Olaf 2003: Gesamtschule – Erweiterung statt Alternative. In: Kai S. Cortina, Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Karl Ulrich Mayer, Luitgard Trommer (Hg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Reinbek: Rowohlt. S. 458-486
- Riege, Jochen 1995: Die sechsjährige Grundschule: Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Gestalt aus pädagogischer und politischer Perspektive. Frankfurt a. M.: Peter Lang
- Rösner, Ernst 2004: Veränderungen der Schulstruktur in Schleswig-Holstein als Konsequenz demografischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Gutachten des Instituts für Schulentwicklungsforschung (IFS). Universität Dortmund
- Schlömerkemper, Jörg, 2006: Wie kultiviere ich die Bildung bei dem Standard? Zur Organisation kompetenz- und prozessintensiven Lernens. In: Die Deutsche Schule, 98, 2006, S. 264-269
- Schule aktuell, Ausgabe Oktober 10/2006: Auf dem Weg zum Schulgesetz 2007. Kiel: Ministerium für Bildung und Frauen des Landes Schleswig-Holstein

*Hans-Werner Johannsen*, geb. 1950, Dr. paed., Dipl.-Päd.; Studium der Erziehungswissenschaften, Geschichte, Politik; seit 1973 Grund- und Hauptschullehrer, seit 1990 Schulleiter, zurzeit im Planungsteam einer Gemeinschaftsschule;  
Anschrift: Meisenweg 7, 24963 Tarp  
Email: [h-w.johannsen@t-online.de](mailto:h-w.johannsen@t-online.de)